

**Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Frankfurt am Main
zum Klimaschutz ab dem Jahr 2006**

STADT  FRANKFURT AM MAIN
Energierreferat > Die kommunale Klimaschutzagentur

Stand: 01.10.2015

1. Inhaltsverzeichnis

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main zum Klimaschutz ab dem Jahr 2006		1
1.	Inhaltsverzeichnis	2
2.	Verwendete Abkürzungen.....	2
3.	Vorwort.....	3
4.	Gebäude und Bauvorhaben	4
5.	Energie- und Klimaschutzkonzepte	14
6.	Mobilität	19
7.	Solarenergie.....	24
8.	Stromerzeugung und Effizienz	27
9.	Kommunikation, Partizipation, Konsum	33
10.	Impressum	37

2. Verwendete Abkürzungen

§	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung
B	Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung
M	Vortrag des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung
ST	Stellungnahme des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung
NR	Antrag der Stadtverordnetenversammlung
A	Anfrage von Fraktion an den Magistrat
OA	Anfrage von Ortsbeirat an den Magistrat
XV.	XV. Wahlperiode

Alle Links und Querverweise sind in **blauer** Schrift gekennzeichnet.

3. Vorwort

Seit seiner Gründung im Jahr 1989 setzt das **Energierreferat** der Stadt Frankfurt am Main erfolgreich die kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik um.

Das Energierreferat hat dabei folgende Schwerpunkte:

- Förderung der Passivhausbauweise und energetisches Sanieren
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und Einsatz erneuerbarer Energien
- Energie sparen in privaten Haushalten und in Unternehmen

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich schon im Jahr 1990 durch den Beitritt und die Mitgründung des **Klima-Bündnis** zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene verpflichtet. (§ 4094 vom 5.7.1990). Ziel der Mitglieder ist es, den Kohlendioxid-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu verringern.

Im Jahr 1991 wurde mit dem Beschluss „Klimaoffensive 1991“ (§ 6953 vom 23.5.1991) der Grundstein für die Entwicklung und Umsetzung der Frankfurter Klimaschutzpolitik gelegt.

Das **IFEU** (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg) hat im Auftrag der Stadt Frankfurt ein Energie- und Klimaschutzkonzept für Frankfurt am Main erarbeitet. Dabei wurde eine Übersicht über die wichtigsten Maßnahmen der Stadt und anderer Akteure zusammengestellt, Einsparpotentiale berechnet und ein Maßnahmenkatalog mit 7 Maßnahmenpaketen erarbeitet. Es zeigt auf, wie die Stadt die Ziele des Klima-Bündnis erreichen kann.

Das **BMUB** (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) fördert die Frankfurter Klimaschutzaktivitäten im Rahmen der **NKI** (Nationale Klimaschutzinitiative) von 2013 bis 2016. Hierbei entstand der „Masterplan 100% Klimaschutz“ aus dem Jahr 2015, der das Ziel beschreibt, wie bis 2050 eine vollständig regenerative Energieversorgung in Frankfurt am Main erreicht werden kann.



Das Energierreferat hat für Sie die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main zum Thema Klimaschutz und die dazugehörigen Magistratsberichte zusammengefasst.

Die Beschlüsse (§; grau hinterlegt) sind nach den einzelnen Themenfeldern des Klimaschutzes gruppiert und innerhalb des jeweiligen Themenfeldes chronologisch geordnet. Ergänzt werden die Beschlüsse durch die dazugehörigen Magistratsberichte (B) und weitere Dokumente.

Die Originaltexte der Beschlüsse finden Sie unter dem jeweils angegebenen Internetlink („Originaltext“), der auf die PDF-Dateien im öffentlichen Teil des Parlamentsinformationssystems **PARLIS** verweist. Schwerpunkt der Zusammenfassung sind wichtige Inhalte für den Klimaschutz.

Informationen über die **Stadtverordnetenversammlung** in Frankfurt am Main erhalten Sie auf www.frankfurt.de im Bereich Stadtpolitik.

Den genauen Zugriff auf alle Vorgänge der StVV finden Sie im Parlaments-Informationssystem **PARLIS**.

Wiebke Fiebig – Referatsleiterin

Erstellt im Jahr 2009 durch Lukas Kawa (FÖJ) und Stefanie Schütz

Ergänzt im Jahr 2013 durch Lena Kretzschel (FÖJ)

Ergänzt im Jahr 2015 durch Jannik Nefferdorf (FÖJ) und Nathalie Kohlschütter

4. Gebäude und Bauvorhaben

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Internetlink
26.01.2006	§ 10653	<p>Wohnungsneubau in Passivhausbauweise</p> <p>Der Magistrat soll dafür sorgen, dass die Stadt Frankfurt alle Wohnungsbaugesellschaften, an denen sie beteiligt ist, dazu auffordert, Wohnungsneubauten und Grundsanierungen im Regelfall in Passivhausbauweise zu erstellen. Wenn dies im Einzelfall nicht möglich ist, wird die Stadtverordnetenversammlung benachrichtigt.</p>	Originaltext
28.08.2006	B 332	Große Erfolge erzielt die ABG Frankfurt Holding mit der Methode, bei städtischen Neubauten und Sanierungen die Passivbauweise umzusetzen.	Originaltext
16.11.2006	§ 974	<p>Wohnungsneubau in Passivhausbauweise</p> <p>Bei der Veräußerung städtischer Grundstücke sollen Neubauten nur noch in Passivhausbauweise gebaut werden.*</p>	Originaltext
20.08.2007	B 574	Die Passivbauweise (bzw. EnEV-30) ist als Bedingung bei Verhandlungen über Veräußerungen städtischer Gebäude festgelegt worden. Deshalb gibt es keine Berichtspflicht. Zu B 322: Alle Neubaumaßnahmen der ABG Frankfurt Holding ab Januar 2006 sind in Passivhausbauweise errichtet worden. Die Nassauische Heimstätte betreibt [2007] zwei Passivhausprojekte. Sie erfüllt bei Neubauten oder Modernisierungen die Vorgaben der EnEV und geht teilweise auch darüber hinaus. Die Umsetzung des Passivhausstandards ist aber ein Zukunftsthema.	Originaltext
18.08.2008	B 511	Die ABG Frankfurt Holding hat sämtliche Wohnungsneubauten in Passivhausbauweise errichtet. Sie ist hierbei bundesweit führend. Im Bereich von Sanierungen sind in der Tevesstraße Passivhauswohnungen im Bestand entstanden. Darüber hinaus befindet sich gerade eine Sanierungsmaßnahme in der Rotlintstraße in der Realisierung. Die Nassauische Heimstätte errichtet im Rahmen ihres aktuellen Programms Wohnungsbauprojekte in Passivhausbauweise.	Originaltext
21.05.2010	B 345	Siehe § 8474 vom 23.08.2010	Originaltext
04.10.2011	B 412	Siehe § 929 vom 05.12.2011	Originaltext

01.03.2007	§ 1470	Wohnungsneubau in Passivhausbauweise Im Rahmen der Wohnungsbauförderung sollen die Bauträger verpflichtet werden, im Regelfall die Passivhausbauweise umzusetzen.	Originaltext
01.06.2007	B 392	Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein und prüft die Umsetzung.	Originaltext
11.02.2008	B 84	Wie im Zwischenbericht B 392 angekündigt, entwickelt der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise.	Originaltext
13.06.2008	B 378	Mit dem Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erfolgt die Förderung von Wohnungsneubau für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Voraussetzungen zum Bezug einer Sozialwohnung nicht erfüllen, sich aber auf dem freien Frankfurter Mietwohnungsmarkt nicht ausreichend mit Wohnraum zu tragbaren Mietpreisen versorgen können. Die Mehrkosten für die Errichtung der Gebäude in Passivhausbauweise werden durch eine Zusatzförderung reduziert.	Originaltext
23.05.2007	§ 1801	Förderprogramm Innenstadt Höchst Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss zur Erstellung einer Förderrichtlinie umzusetzen und dabei auch den Denkmalschutz nicht zu vernachlässigen.	Originaltext
21.12.2007	M 287	Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie effizienter Gebäudetechniken gezahlt werden.	Originaltext Förder- richtlinien: Anlage
28.02.2008	§ 3555	Anpassung der Vorlage M 287 in mehreren Punkten.	Originaltext
06.09.2007	§ 2443	Passivhausstandard für stadteigene und städtisch genutzte Gebäude Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt Frankfurt, die Grundstücksgeschäfte tätigen oder eigene Bauvorhaben umsetzen, sollen bei einer Veräußerung der Grundstücke erreichen, dass <ul style="list-style-type: none"> - Neubauten nur in Passivhausstandard errichtet werden.* - bei neu zu errichtenden Nichtwohngebäuden die Nutzung erneuerbarer Energien eingeplant wird. Die o.g. städtischen Gesellschaften sollen bei	Originaltext

		<p>eigenen Bauvorhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - nach Passivhausstandard bauen.* - bei neu zu errichtenden Nichtwohngebäuden erneuerbare Energien zur ggf. notwendigen Kühlung einplanen <p>Alle neuen städtischen Gebäude sollen in Passivhausbauweise errichtet werden.*</p> <p>Bei der künftigen Sanierungen von städtischen Gebäuden soll der Passivhaus-Standard angestrebt werden.*</p> <p>Der Magistrat soll berichten, ob die Fraport AG die in vorherigen Anträgen aufgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzt.</p> <p>Der Magistrat soll berichten, ob die EZB beim geplanten Neubau die in vorherigen Anträgen aufgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzt.</p>	
05.12.2007	B 901	Maßnahmen zum Klimaschutz der Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main.	Originaltext
13.06.2008	B 357	EZB hat zugesagt, die energetischen Anforderungen an die Zielwerte der Energieeinsparverordnung 2007 zu übertreffen.	Originaltext
19.12.2008	B 861	<p>Zu den Vertragsbedingungen für Investoren und Interessenten beim Verkauf von Grundstücken gehört, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einer Neubebauung das Gebäude in Passivhausstandard errichtet wird* - bei Nichtwohngebäuden die Nutzung erneuerbarer Energien eingeplant wird. 	Originaltext
29.05.2009	B 435	Frankfurt am Main kann sich aufgrund der hohen Anzahl an Passivhauswohnungen und -projekten als „Passivhaushauptstadt“ bezeichnen. Es ist beabsichtigt, mit Gesellschaften mit Beteiligung der Stadt Frankfurt Klimaschutzpläne- und Vereinbarungen zu schließen, damit diese die Ziele der EU-Kommission mittragen.	Originaltext
03.05.2010	B 273	Siehe § 8271 vom 17.06.2010	Originaltext
20.09.2010	B 609	Siehe § 9220 vom 02.12.2010	Originaltext
18.07.2014	B 290	Auswertung der bisherigen Erfahrungen: Wenn die angestrebten Klimaschutzziele erreicht werden sollen, sollte man nicht mehr hinter den Passivhausstandard zurückfallen.	Originaltext

06.09.2007	§ 2458	Energieeffizienz im Mietspiegel Der Magistrat soll bei der Erstellung des Mietspiegels die Erhebung und Auswertung der Energiekosten in den Auftrag aufnehmen.	Originaltext
06.09.2007	§ 2483	Bebauung „Westlich im Fuchsloch“ Der Magistrat soll vertraglich sicher stellen, dass Neubauten im Plangebiet (Westlich im Fuchsloch) nur noch im Passivhausstandard errichtet werden.*	Originaltext
04.10.2007	§ 2725	Bauleitplanung „Konsequenzen aus Klimabündnisgutachten zu Energieeffizienz und Solarenergienutzung in der Bauleitplanung“	Originaltext
18.04.2008	B 215	Siehe § 4187 vom 18.08.2008, § 5239 vom 19.01.2009, § 5788 vom 27.04.2009	Originaltext
17.08.2009	B 682	Siehe § 7171 vom 30.11.2009	Originaltext
15.11.2007	§ 3024	Neubauten im Baugebiet „Am Riedberg“ nur in Passivbauweise Der Magistrat soll über den Entwicklungsträger Hessen Agentur beim Abschluss der städtebaulichen Verträge darauf hinwirken, dass alle weitere Neubauten in der Entwicklungsmaßnahme Am Riedberg zukünftig nach Passivhaus-Standard errichtet werden.*	Originaltext
13.12.2007	§ 3190	Wärmedämmung im Mietwohnungsbestand Der Magistrat soll als Anteilseigner Einfluss auf die Wohnungsbaugesellschaften ausüben, damit die im Bericht angesprochenen Daten vervollständigt und vereinheitlicht werden.	Originaltext
07.03.2008	B 124	Fragen aus A 221 können momentan nicht ausführlicher als in B608 beantwortet werden. Bei der Erstellung der Energieausweise werden weitere Daten von der ABG Frankfurt Holding GmbH und der Nassauischen Heimstätte erfasst.	Originaltext
01.09.2008	B 556	siehe § 4754 vom 06.11.2008	Originaltext
28.02.2008	§ 3526 Anlage 8 E4&5	Energetische Sanierung Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die Fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf	Originaltext Anlage 8

		das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.	
05.09.2008	B 568	Siehe § 4927 vom 27.11.2008	Originaltext
06.03.2009	B 140	Siehe § 6149 vom 19.05.2009	Originaltext
02.10.2009	B 858	Siehe § 7363 vom 14.01.2010	Originaltext
23.04.2010	B 256	Siehe § 8269 vom 17.06.2010	Originaltext
24.09.2010	B 611	Siehe § 9353 vom 27.01.2011	Originaltext
28.02.2008	§ 3543	<p>Richtlinien zur Wohnungsbauförderung</p> <p>Alle Richtlinien zur Wohnungsbauförderung sollen so überarbeitet werden, dass nur noch Neubauprojekte für Häuser, die im Passivhausstandard errichtet werden, als förderfähig gelten.*</p> <p>Bei allen Richtlinien zur Sanierung soll der Passivhausstandard besonders gefördert werden. Investoren, die solche Maßnahmen durchführen, sollen eine erhöhte Miete verlangen und sie an die Stadt Frankfurt weitergeben, die diese zur Förderung energetischer Maßnahmen einsetzt.</p>	Originaltext
24.10.2008	B 662	<p>In zwei neuen Programmen zur Wohnungsbauförderung ist verankert, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Förderung nur gewährt wird, wenn der Neubau die EnEV um 30 % unterschreitet. - durch eine zusätzliche Bonusförderung Investitionen in den Passivhausstandard angeregt werden. <p>Alle bestehenden Förderrichtlinien werden entsprechend überarbeitet. Dabei werden die Ergebnisse der Projektgruppe (§ 3526) und des Aktionsplans für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand (§ 3526) berücksichtigt.</p>	Originaltext
02.03.2009	B 138	Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hat die Bestimmungen zur sozialen Wohnraumförderung geändert, sodass sie eine neue Regelung zur Förderung des Passivhausstandards enthält. Der Magistrat prüft, ob dies auf die zu überarbeitenden städtischen Förderrichtlinien zum sozialen Mietwohnungsbau angewendet werden kann.	Originaltext
24.08.2009	B 694	Siehe § 7172 vom 30.11.2009	Originaltext

05.03.2010	B 171	Siehe § 7947 vom 19.04.2010 Siehe § 8545 vom 28.08.2010	Originaltext
06.09.2010	B 589	Siehe § 8914 vom 01.11.2010	Originaltext
08.10.2010	M 202 & M204	Förderprogramme Frankfurter Programm zur sozialen Mietwohnungsbauförderung, Richtlinien zur Vergabe von Wohnungsbaudarlehen (Neufassung) Siehe § 8962 vom 11.11.2010 & § 9041 vom 11.11.2010	Originaltext M 202 Originaltext M 204
18.03.2008	§ 3653	Bebauungsplan Nr. 847 - Rund um den Henninger Turm Im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Rund um den Henninger Turm“ <ul style="list-style-type: none">- sollen die Gebäude in Passivhausbauweise gebaut werden.*- soll die Warmwasserbereitung mit solarthermischen Anlagen unterstützt werden.- soll ein Energiekonzept erstellt werden.	Originaltext
26.10.2009	M 211	Bebauungsplan für das Areal am Henninger Turm wurde vom Magistrat vorgelegt (siehe Anhänge). Fassaden- und Dachbegrünungen sowie Grünflächen sind vorgesehen.	Originaltext
24.04.2008	§ 3845	Mehr Energieeffizienz für von der Stadt angemietete Gebäude Gebäude sollen für die Stadt nur neu angemietet werden, wenn sie dem Passivhaus-Standard entsprechen* oder mit dem Vermieter eine solche energetische Sanierung vertraglich vereinbart wird. Bereits für die Stadt Frankfurt angemietete Gebäude mit schlechter Energieeffizienz sollen zeitnah so saniert werden, dass sie dem Passivhaus-Standard genügen.*	Originaltext
07.07.2008	B 426	Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung: Bei Neuanmietungen für die Stadtverwaltung achtet der Magistrat darauf, dass die Vorgaben des Beschlusses § 3845 erfüllt werden. Die Eigenbetriebe werden über den Inhalt von § 3845 informiert. Bei bestehenden Verträgen kann nur auf eine energetische Sanierung hingewirkt werden.	Originaltext

19.06.2008	§ 4142	<p>Neubauten im Baugebiet „Am Riedberg“ nur in Passivbauweise</p> <p>Der Magistrat soll beim Treuhänder der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Am Riedberg“ darauf hinwirken, dass beim Abschluss künftiger Verträge der Energieverbrauch der Gebäude die EnEV um 30 % unterschreitet. Des Weiteren soll der Magistrat die Entwicklungsträger dazu veranlassen, Bauherren und Bauträger auf die Passivhaus-Bauweise, die KfW-Förderprogramme und das Beratungsangebot des Energierreferats hinzuweisen.</p>	Originaltext
19.06.2008	§ 4147	<p>Wärmedämmung im Mietwohnungsbestand</p> <p>Der Magistrat soll angeben, wie hoch der witterungsbereinigte Heizenergiebedarf bei Mietwohnungen ist, für die die Stadt Frankfurt über ein Belegungsrecht verfügt. Zudem sollen Daten zur Entwicklung von Sanierungen im Bereich des Mietwohnungsbestands aufgeführt werden.</p> <p>Der Magistrat soll als Anteilseigner der Nassauischen Heimstätte diese veranlassen, sofort mit der Erfassung der Daten zu beginnen und die Informationen bis Ende 2008 zur Verfügung stellen. Der Magistrat soll im Herbst die auf die ABG bezogenen Fragen beantworten.</p>	Originaltext
01.09.2008	B 556	Die Datenerfassung der Nassauischen Heimstätte hat gerade begonnen und kann voraussichtlich erst Ende des Jahres 2009 abgeschlossen werden.	Originaltext
28.09.2009	B 836	Die Nassauische Heimstätte teilt mit, dass die Daten bis Ende 2009 vorliegen werden. Die ABG gibt an, mit der Fortschreibung der Daten Ende 2009 zu beginnen.	Originaltext
01.03.2010	B 136	Die Daten der Nassauischen Heimstätte liegen noch nicht vor. Sie werden voraussichtlich im 2. Quartal 2010 vorliegen. Die ABG hat ihre Datenerhebung abgeschlossen (siehe Anlage)	Originaltext Anlage
30.08.2010	B 563	Die Daten der Nassauischen Heimstätte liegen nun auch vor (siehe Beschluss).	Originaltext
28.08.2008	§ 4412	<p>Bebauungskonzept Feuerbachstraße / Barckhausstraße</p> <p>Der Magistrat soll mittels städtebaulicher Verträge sicherstellen, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 842 (Feuerbachstraße / Barckhausstraße)</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Wohnhäuser in Passivbauweise gebaut werden* 	Originaltext

		- oder die Gebäude über Geothermie geheizt werden.	
06.11.2008	§ 4819	<p align="center">Hochhausentwicklungsplan</p> <p>Der Magistrat soll für das Grundstück Mainzer Landstraße 36 einen Bebauungsplan aufstellen (Grundlage ist der neue Hochhausentwicklungsplan) und mit den Eigentümern einen städtebaulichen Vertrag abschließen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gebäude in Passivhaus-Bauweise gebaut werden.*</p>	Originaltext
26.02.2009	§ 5502	<p align="center">Haushaltsplan 2009</p> <p>Annahme E 15-2009 im Rahmen des Haushaltsplans 2009: Der Magistrat soll private Bauherren über die Fördermöglichkeiten der Qualitätssicherung, welche die Mainova im Rahmen des Klimapartnerprogramms anbietet, informieren. Zusätzlich sollen einzelne Bauvorhaben im Passivhausstandard durch das Energiereferat bzw. durch externe Spezialisten baubegleitend betreut werden.</p>	Originaltext Anlage 8
26.03.2009	§ 5679	<p align="center">Dezentrale Energie- und Wärmeversorgung für die Altstadt</p> <p>Der Magistrat soll überprüfen, ob es Straßenzüge mit Gründerzeitgebäuden bzw. denkmalgeschützten Gebäuden gibt, die dafür geeignet sind, an ein dezentrales Nahwärmenetz angeschlossen zu werden.</p>	Originaltext
19.06.2009	B 521	Der Magistrat berichtet über die Vorteile von Nahwärmenetzen, gibt jedoch auch die Schwierigkeiten zu bedenken, die insbesondere bei der Realisierung von Wärmenetzen im Gebäudebestand zu beachten sind.	Originaltext
08.10.2009	§ 6894	<p align="center">Teilnahme am Modellvorhaben „Bebauungsgebiet als Passivhaussiedlung“</p> <p>Der Magistrat wird beauftragt, sich am hessischen Modellvorhaben „Bebauungsgebiet als Passivhaussiedlung“ zu beteiligen und geeignete Neubaugebiete dafür auszuweisen.</p>	Originaltext
15.01.2010	B 42	Siehe § 7772 vom 15.03.2010	Originaltext
28.01.2010	§ 7502	Aktualisierung der Klimaschutz- und Passivhausbeschlüsse (nur formale, keine inhaltlichen Änderungen)	Originaltext

27.01.2011	§ 9353	Ja zum Klimaschutz, aber Erhalt der Gründerzeitfassaden OA 1239 (02.12.2010) wird dem Magistrat überwiesen.	Originaltext
26.04.2011	B 203	Siehe § 399 vom 11.08.2011	Originaltext
25.08.2011	§ 517	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt Den vorgelegten Förderungen 2011 wird zugestimmt.	Originaltext
29.03.2012	§ 1439	Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebiets Der Magistrat wird aufgefordert, ein Gewerbegebiet zu entwickeln, das nachhaltigen Kriterien genügt.	Originaltext
06.09.2012	§ 1946	Brandschutz bei Styropordämmung Der Magistrat wird aufgefordert, die Sicherheit von Gebäuden mit Styropor- und Polystyrolämmung kritisch zu überprüfen und dabei im Besonderen den Brand in der Adickesallee, sowie weitere Brände zu berücksichtigen. Weiter soll der Magistrat umfassend über Brände, Brandursachen und Konsequenzen in Frankfurt und der Bundesrepublik berichten. Im Fall der Adickesallee soll der Magistrat gesondert die Vorsorgemaßnahmen prüfen und von Konsequenzen aus Brandschutztests berichten.	Originaltext
07.12.2012	B 520	Siehe § 2867 vom 25.02.2013	Originaltext
11.10.2012	§ 2219	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt Den vorgelegten Förderungen 2012 wird zugestimmt.	Originaltext
28.02.2013	§ 2826	Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebiets	Originaltext
07.01.2013	M 1	Der Magistrat erstellt eine Machbarkeitsstudie für ein nachhaltiges Gewerbegebiet. Nachhaltigkeit auf ökologischer sowie ökonomischer Ebene soll in dem Gewerbegebiet verwirklicht werden.	Originaltext
09.10.2015	M 168	Die Rahmenbedingungen für das nachhaltige Gewerbegebiet wurden beschlossen.	Originaltext

30.01.2014	§ 4183	<p>Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt</p> <p>Den vorgelegten Förderungen 2013 wird zugestimmt.</p>	Originaltext
27.02.2014	§ 4291	<p>Fernwärmeversorgung des Baugebietes „Am Riedberg“ auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung</p> <p>Annahme einer veränderten Fernwärmesatzung für den Riedberg, damit trotz planerischer Änderungen des Bebauungsplans eine vollständige Fernwärmeversorgung garantiert werden kann.</p>	Originaltext
26.06.2014	§ 4692	<p>Gesundheitsbelastung in Passivhaus-Feuerwachen?</p> <p>Der Magistrat wird aufgefordert, den Bericht zur Vorlage A 493, in der zahlreiche Fragen zum Problem der geringen Luftfeuchtigkeit in den Passivhaus-Feuerwachen gestellt werden, innerhalb eines Monats vorzulegen.</p>	Originaltext
18.07.2014	B 271	<p>Die Luftfeuchtigkeit soll auf den betroffenen Feuerwachen durch verschiedene Maßnahmen erhöht werden und eine Langzeituntersuchung der Luftqualität wird durchgeführt. Eine Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiter wird ausgeschlossen</p>	Originaltext
18.12.2014	§ 5392	<p>Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt</p> <p>Den vorgelegten Förderungen 2014 wird zugestimmt.</p>	Originaltext
12.09.2015	§ 3653	<p>Kulturcampus Bockenheim</p> <p>Der Campus soll im Innern weitgehend frei von Autoverkehr sein und insgesamt ein klimafreundliches Quartier werden.</p>	Originaltext

* Sollte aus zwingenden Gründen Passivhaus-Standards nicht erreicht werden können, kann es unter bestimmten Bedingungen ausreichen, die EnEV um 30 % zu unterschreiten. Genaueres dazu können sie den Originaltexten entnehmen. Verwenden Sie dabei den Link neben der jeweiligen Zusammenfassung.

5. Energie- und Klimaschutzkonzepte

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Internetlink
29.03.2007	§ 1658	<p style="text-align: center;">Klimaschutz in Frankfurt: Energie- & CO2-Bilanz</p> <p>Der Magistrat wird zur Aktualisierung der Energie- und CO2-Bilanz aufgefordert. Er soll einen Maßnahmenplan zum Erreichen des Klima-Bündnis-Zieles erarbeiten und bei Erstellung sowie Umsetzung Bürger/-innen sowie Unternehmen einbeziehen.</p> <p>Bei der Bauherrenberatung und bei zukünftigen Bauvorhaben in Frankfurt sollen Hinweise und Beratungsangebote zur CO2-Reduktion erfolgen. Bei Architekturwettbewerben soll ein Energieberater einbezogen werden und ein Kriterium soll die Energieeffizienz sein.</p>	Originaltext
07.07.2008	B 419	<p>Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung:</p> <p>1. Gemäß des Beschlusses § 1658 wurde durch das Heidelberger ifeu-Institut eine Energie- und CO2-Bilanz erstellt, verbunden mit der Entwicklung eines Maßnahmenplans.</p> <p>2. Parallel wurde durch den Magistrat gemäß Beschluss § 1806 ein Klimaschutzstadtplan erstellt, der seit Mitte Juni 2008 im Internet abrufbar ist.</p>	Originaltext
19.12.2008	B 865	<p>Das ifeu-Institut hat einen detaillierten Entwurf für das Energie- und Klimaschutzkonzept für Frankfurt am Main erstellt. Der vorläufige Endbericht ist unter www.energiereferat.stadt-frankfurt.de zu finden.</p>	Originaltext
03.04.2009	B 212	<p>Der Magistrat möchte der StVV vor der Sommerpause einen Magistratsvortrag zum Energie- und Klimaschutzkonzept vorlegen, der mit allen Projektpartnern abgestimmt ist und einen Finanzierungsplan umfasst.</p> <p>Des Weiteren ist geplant, mit der Mainova ein Konzept für die Wärmeversorgung der zukünftigen Dom-Römer-Bebauung und für die angrenzenden Liegenschaften zu entwickeln sowie für Höchst und die anderen Stadtteile ein Teilenergiekonzept zur Nutzung von Abwärme in Auftrag zu geben.</p> <p>Im Jahr 2009 soll die Energie- und CO2-Bilanz aktualisiert und fortgeschrieben werden.</p>	Originaltext

30.10.2009	M 214	Siehe § 7349 vom 10.12.2009 Anlage ist das Klimaschutzkonzept	Originaltext
04.03.2011	B 124	Siehe § 165 vom 31.05.2011 Bericht zur CO2-Bilanz	Originaltext
03.05.2007	§ 1806	Klimaschutzstadtplan In einem Klimaschutzstadtplan sollen Solarthermie- und Photovoltaikanlage, Passivhäuser, Holzpellettheizungen und Blockheizkraftwerke eingetragen werden. Das Energiereferat führt auf Anfrage Führungen zu den Anlagen durch.	Originaltext
07.07.2008	B 419	Durch den Magistrat wurde gemäß Beschluss § 1806 ein Klimaschutzstadtplan erstellt, der seit Mitte Juni 2008 im Internet abrufbar ist.	Originaltext
19.12.2008	B 865	Im Rahmen der „Tage der Industriekultur“ wurde eine „Klimatour“ zu Gebäuden mit Blockheizkraftwerken und Solaranlagen durchgeführt. Das Energiereferat hat eine mehrtägige Führung zu energiesparenden Hochhäusern und Planungsprojekten für eine Delegation eines französischen Ministeriums durchgeführt.	Originaltext
03.04.2009	B 212	Siehe § 6158 vom 25.06.2009	Originaltext
02.10.2009	B 861	Siehe § 7222 vom 29.10.2009	Originaltext
28.02.2008	§ 3536	Klimaschutz in wohnungspolitischen Leitlinien Der Magistrat soll in der Präambel der Wohnungspolitischen Leitlinien die Verpflichtung der Stadt Frankfurt zum Klimaschutz aufnehmen. Klimaschonendes Bauen soll ein Grundsatz in den wohnungspolitischen Leitlinien sein. Der Magistrat soll im jährlichen Bericht zur Wohnraumversorgung über die Fortschritte der Stadt Frankfurt zum Passivhaus-Bau und zur energetischen Gebäudesanierung berichten.	Originaltext
29.09.2009	B 633	Der Magistrat berichtet ausführlich über die Verbesserung des Wohnungsbestandes und den Passivhausbau insbesondere bei der ABG. Auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses § 3536 wird die Verpflichtung der Stadt Frankfurt zum Klimaschutz in den wohnungspolitischen Leitlinien verankert. In den Leitlinien werden der Passivhausbau und die energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes als Maßnahmen zum Klimaschutz empfohlen.	Originaltext

18.10.2010	B 656	Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2009 Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2009.	Originaltext Anlage: Jahresbericht 2009
14.11.2011	B 455	Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2010 Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2010.	Originaltext Anlage: Jahresbericht 2010
14.01.2013	B 16	Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2011 Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2011.	Originaltext Anlage: Jahresbericht 2011
01.11.2013	B 509	Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2012 Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2012.	Originaltext Anlage: Jahresbericht 2012
12.12.2014	B 486	Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2013 Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2013.	Originaltext Anlage: Jahresbericht 2013
24.04.2008	§ 3846	Kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt Der Magistrat wird aufgefordert, alle 2 Jahre einen Bericht über Maßnahmen und Erfolge im kommunalen Klimaschutz vorzulegen.	Originaltext
16.01.2009	B 24	Kommunaler Klimaschutzbericht	Originaltext
01.04.2011	B 181	Kommunaler Klimaschutzbericht	Originaltext
27.05.2013	B 274	Kommunaler Klimaschutzbericht	Originaltext
20.07.2015	B 268	Kommunaler Klimaschutzbericht	Originaltext
29.01.2009	§ 5336	Ausbau des Fernwärmenetzes Der Magistrat soll ein Konzept zur Ausweitung und Verdichtung der Fernwärmeversorgung aus KWK in der Innenstadt und in angrenzenden Stadtteilen entwickeln. Beteiligt werden die Mainova und ggf. dritte Gebäudebetreiber und Investoren.	Originaltext
29.01.2009	§ 5338	Kampagne für Blockheizkraftwerke Der Magistrat soll eine Kampagne zur weiteren Verbreitung von dezentralen Blockheizkraftwerken (BHKWs) starten. Die Kampagne wird Hauseigentümern eine Überprüfung anbieten, ob	Originaltext

		und welche Art eines BHKWs in ihrem Gebäude sinnvoll eingesetzt werden kann.	
18.05.2009	A 936	Fragenkatalog an das Energiereferat Der Magistrat wird gebeten, die Fragen des Antrags zum Energiereferat im Allgemeinen und zu Energieberatungen zu beantworten.	Originaltext
17.08.2009	B 685	Beantwortung aller in A 936 gestellten Fragen. Siehe § 6975 vom 24.09.2009	Originaltext
29.03.2010	A 1187	Energie- und Wärmeversorgung in Berkersheim und Preungesheim	Originaltext
25.06.2010	B 403	Siehe § 8673 vom 21.09.2010	Originaltext
01.03.2012	§ 1288	„Frankfurt am Main – 100 % erneuerbare Energie!“ Der Magistrat soll die Ziele des Frankfurter Energie- und Klimaschutzkonzepts weiterentwickeln, sodass ein Konzept entsteht, wie Frankfurt bis spätestens 2050 mit 100% erneuerbarer Energie versorgt werden kann.	Originaltext
14.11.2014	B 433	Ökologisch nachhaltige Grünflächenpflege Bericht des Magistrats zu ökonomischen und ökologischen Aspekten der Grünflächenentwicklung in Frankfurt.	Originaltext
20.11.2014	§ 5319	Anpassungsstrategie an den Klimawandel Dem Vortrag des Magistrats (M 146) wird zugestimmt. Der Magistrat wird gebeten, einen Fragenkatalog zum Thema der Anpassung Frankfurts an den Klimawandel zu beantworten. Der Beschluss umfasst Fragen zu den Themen Planen, Bauen, Grünflächen, Mobilität und Wasser.	Originaltext M 146: Originaltext
06.03.2015	B 91	Beantwortung aller im Beschluss § 5319 gestellten Fragen	Originaltext
16.07.2015	§ 6130	Integriertes Innenstadtkonzept Lösungen für die Innenstadt zur Anpassung an zukünftige Entwicklungen wie den Klimawandel oder die zunehmende Vernetzung von ÖPNV und alternativen Verkehrsmitteln. Magistratsbericht M 153 vom 12.09.2014	Originaltext M 153: Originaltext
03.08.2015	B 298	Integriertes Stadtentwicklungskonzept Frankfurt am Main 2030 Magistratsbericht zum Integrierten	Originaltext

		Stadtentwicklungskonzept (Was ist der Anlass? Was ist der Nutzen? Wie soll fortgefahren werden?)	
24.09.2015	§ 6320	<p style="text-align: center;">Masterplan 100% Klimaschutz</p> <p>Dem Vortrag des Magistrats (M 124 vom 24.07.2015) wird zugestimmt.</p> <p>Vorstellung des Generalkonzepts und Beschluss, dass dieses weiter fortgeführt wird.</p>	<p>Originaltext</p> <p>M 124: Originaltext</p>

6 . Mobilität

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Internetlink
13.09.2005	§ 9814	Mit dem Rad zur Arbeit Insgesamt 8 Berichte	Originaltext
02.10.2009	B 872	Abschlussbericht Siehe § 7226 vom 01.12.2009	Originaltext
15.12.2005	§ 10470	Erdgastankstellen Der Magistrat soll auf die Mainova einwirken, am Flughafen Frankfurt und in der Nähe des Hauptbahnhofes eine Erdgastankstelle einzurichten. Der Magistrat möge <ul style="list-style-type: none"> • bei Betreibern von Tankstellen auf die stadtweite Einrichtung zusätzlicher Erdgastankstellen hinwirken • über den Hessischen und Deutschen Städtetag landes- und bundesweit die Tankstellenbetreiber dazu anhalten, ein flächendeckendes, engmaschiges Netz von Erdgastankstellen einzurichten. 	Originaltext
30.06.2006	B 306	Zwischenbericht: Es gab kein Ergebnis bei den Verhandlungen zum Bau einer Tankstelle am Flughafen, am Hauptbahnhof findet sich kein Kooperationspartner, bei höherer Nachfrage kann sich dies ändern.	Originaltext
01.09.2006	B 342	Ergänzung zum Bericht B 306: Zwei weitere Tankstellen sind bereits im Bau (Am Martinszehnten und im Industriepark Höchst).	Originaltext
15.12.2005	§ 10471	Erdgastankstellen Der Magistrat soll auf das Land Hessen einwirken, damit der Ausbau eines flächendeckenden Erdgastankstellennetzes im Ballungsraum Rhein-Main vorangetrieben wird.	Originaltext
01.03.2007	§ 1470	Haushaltsplan 2007 Zur Nachrüstung städtischer Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern stellt der Magistrat 250.000 Euro in den Haushalt ein, die gleiche Summe wird zusätzlich von den jeweiligen Ämtern finanziert. Fuhrparks der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung sollen schnell mit Rußpartikelfiltern nachgerüstet werden. Neue Fahrzeuge sollen mindestens EURO 5 bzw. EEV entsprechen. Die	Originaltext

		PKW-Flotte soll 2010 und die LKW-Flotte 2012 den Standards entsprechen.	
05.06.2007	§ 2021	<p>Erdgastankstelle „Am Martinszehnten“</p> <p>Die Erdgastankstelle im Gewerbegebiet am „Am Martinszehnten“ soll gebaut und dem Betreiber soll bei einer wirtschaftlichen Lösung geholfen werden.</p>	Originaltext
24.08.2007	B 607	<p>Mainova setzt sich für den Bau neuer Erdgastankstellen im Stadtgebiet ein, es werden immer noch Gespräche mit der Firma Hessol wegen des Standorts „Am Martinszehnten“ geführt. Eine höhere Zahl von Fahrzeugen würde die Wirtschaftlichkeit verbessern, deswegen werden bei der Beschaffung städtischer PKWs vorrangig Erdgasfahrzeuge beschafft. In Frankfurt sind insgesamt 803 CNG-Fahrzeuge angemeldet, damit liegt FFM auf Platz 5 der deutschen Städte. Durch Förderprogramme und Informationsveranstaltungen soll diese Zahl weiter erhöht werden.</p>	Originaltext
24.04.2008	§ 3849	<p>Ökostrom im ÖPNV</p> <p>Der Magistrat soll berichten</p> <ul style="list-style-type: none"> - welcher Anteil des für die U- und Straßenbahnen verwendeten Stroms Ökostrom ist, - wie der Strom für U- und Straßenbahnen vollständig auf Ökostrom umgestellt werden könnte, - welche Mehrkosten dadurch entstehen würden - und wie dies ohne Fahrpreiserhöhung finanziert werden könnte. 	Originaltext
28.07.2008	B 473	<p>Wegen der aus Kostengründen erfolgten vertraglichen Bindung ist ein vollständiger Bezug von Ökostrom erst zum 01.02.2011 möglich. Danach kann jede Menge, auch eine 100%ige Beschaffung von Ökostrom realisiert werden. Ohne zusätzliche finanzielle Belastungen ist die vollständige Umstellung auf Ökostrom nicht realisierbar. Eine Erhöhung der Fahrpreise müsste vom RMV verbundweit beschlossen werden.</p>	Originaltext
07.05.2009	§ 5885	<p>Elektromobilität</p> <p>Der Magistrat soll zusammen mit der Wirtschaftsförderung Gespräche mit Automobilherstellern aufnehmen, um Frankfurt am Main zu einem Testfeld für die Elektromobilität zu machen. Mit Herstellern soll ein Konzept erarbeitet werden, um diese Technologie auch in</p>	Originaltext

		Frankfurt nutzbar zu machen. Der Energiebedarf der Elektrofahrzeuge in Frankfurt soll ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept mit Energieversorgern zu erarbeiten und zu berichten, wo eine Ladestationen-Infrastruktur geschaffen werden kann, die nur aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Der Magistrat soll versuchen, an einem bereits initiierten Flottenversuch teilzunehmen. Kooperationspartner bei den Energieversorgern und die Landesfachschule des Kfz-Gewerbes Hessen sollten in die Fahrzeugerprobung einbezogen werden. Dabei sollte auch untersucht werden, wie die Aufladung zum Ausgleich fluktuierender Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen genutzt werden kann. Der Magistrat möge prüfen und berichten, ob hierfür eine Förderung des Bundes im Rahmen des „Nationalen Entwicklungsplanes Elektromobilität“ in Betracht kommt.	
03.08.2009	B 638	Siehe § 6642 vom 10.09.2009	Originaltext
04.12.2009	B 981	Siehe § 7584 vom 19.01.2010	Originaltext
16.09.2011	B 384	Siehe § 735 vom 01.11.2011 → Anlage: Strategiepapier „E-Mobilität im Jahr 2025 in Frankfurt am Main“ → Beschaffungsinitiative zur Nutzung von Elektrofahrzeugen in der Stadtverwaltung“	Originaltext
08.10.2009	§ 6898	Spritspartraining für städtische Mitarbeiter	Originaltext
11.01.2010	B 14	Siehe § 7647 vom 22.02.2010	Originaltext
23.05.2011	B 245	Siehe § 471 vom 22.08.2011	Originaltext
11.11.2009	A 1097	Entwicklung des Stromverbrauchs der VGF	Originaltext
12.02.2010	B 93	Siehe § 7784 vom 16.03.2010	Originaltext
12.11.2009	§ 7112	Kostenloses Parken für Elektro- und Hybridfahrzeuge Der Magistrat wird angehalten, die Ermöglichung von kostenlosen Parkplätzen für Elektro- und Hybridfahrzeuge auf öffentlichen gebührenpflichtigen Parkplätzen zu ermöglichen.	Originaltext
05.03.2010	B 157	Siehe § 7945 vom 20.04.2010	Originaltext

		Die Parkgebühren können nicht erlassen werden, da diese nicht zwischen Antriebsarten unterscheiden, sondern lediglich die Nutzung der öffentlichen Straßen zum Anlass nehmen.	
01.12.2009	§ 7168	Ökostrom für den Frankfurter ÖPNV Der Magistrat möge veranlassen, dass der Strom für den schienengebundenen ÖPNV der VGF schnellstmöglich von der Mainova als Ökostrom geliefert wird.	Originaltext
19.03.2010	B 189	Siehe § 7950 vom 20.04.2010	Originaltext
07.05.2010	B 288	Siehe § 8276 vom 22.06.2010	Originaltext
01.12.2009	§ 7234	Kopf an - Motor aus B 901 vom 30.10.2009 zu A 1051	Originaltext
19.01.2010	§ 7376	Planungsstand E-Mobilität transparent machen B 913 antwortet auf A 1009 → Siehe B 638 vom 03.08.2009 Ziffer 3	Originaltext
30.09.2010	§ 8804	E-Mobilität, Kleinbusse Der Magistrat soll prüfen und berichten, ob in Frankfurt der Einsatz von kleinen Elektrobussen möglich ist.	Originaltext
10.01.2011	B 4	Siehe § 9442 von 2011 Der Einsatz von Elektrobussen ist im Moment noch nicht möglich. Stattdessen ist durch den Einsatz von Hybridbussen eine alternative Antriebsform angewandt.	Originaltext
01.11.2011	§750	Bikesharing Der Magistrat soll ein Konzept vorlegen. OA 80 (15.09.2011) im vereinfachten Verfahren	Originaltext
09.01.2012	ST 68	Der Magistrat führt im Bereich „Bikesharing“ Gespräche auf Arbeitsebene, er wird berichten, sobald es neue Vorhaben gibt.	Originaltext
02.02.2012	§1074	E-Mobilität im Nordend Wird im vereinfachten Verfahren erledigt.	Originaltext OA
10.04.2012	ST 531	Reduzierung des Themas auf einzelne Stadtteile ist nicht ratsam.	Originaltext
11.10.2012	§ 2220	„Schaufensterregion Elektromobilität“ Geldmittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro werden für das Projekt „Schaufensterregion Elektromobilität“	Originaltext

		verwendet.	
20.11.2014	§ 5314	Zentrale Schnellladestation für Elektroautos Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob im Stadtgebiet und im Bereich Kalbach / Riedberg einige weitere Schnellladestationen für Elektroautos installiert werden können.	Originaltext
20.02.2015	B 67	Der Magistrat berichtet, dass er in Kontakt mit Investoren steht, um weitere Schnellladensäulen zu errichten. Durch die hohen Investitionskosten gestaltet sich der Ausbau des Schnellladesäulen-Netzes jedoch als schwierig.	Originaltext
24.07.2015	B 289	Mobilitätsstrategie Statusbericht zu strategischen Zielen zukünftiger Mobilität.	Originaltext
12.09.2015	§ 3653	Kulturcampus Bockenheim Der Campus soll im Innern weitgehend frei von Autoverkehr sein und insgesamt ein klimafreundliches Quartier werden.	Originaltext

7. Solarenergie

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
01.03.2007	§ 1491	<p>Solarstromanlagen auf städtischen Gebäuden fördern und ausbauen</p> <p>Der Magistrat soll Dachflächen städtischer Gebäude Investoren für Solarstromanlagen zur Verfügung stellen.</p> <p>Bei Neubauten und bei der Sanierung von Dächern ist die Möglichkeit zum Bau von Solarstromanlagen einzubeziehen. Wenn städtische Haushaltsmittel eingesetzt werden, haben Maßnahmen mit dem höchsten Nutzen-Kosten-Effekt Vorrang.</p> <p>Die Stadt Frankfurt beteiligt sich an der Kampagne „Solar lokal“ der Deutschen Umwelthilfe.</p>	Originaltext
06.10.2014	NR 1029	<p>Photovoltaik II</p> <p>Der Magistrat soll prüfen, auf welchen städtischen Dächern noch Potenzial für Photovoltaikanlagen besteht.</p>	Originaltext
01.03.2007	§ 1525	<p>Photovoltaikanlagen auf Dächern</p> <p>Der Magistrat soll berichten, inwieweit Dächer (insbesondere im Gallus) an Unternehmen vermietet werden können, die Flachdächer für PV-Anlagen nutzen möchten.</p>	Originaltext
28.02.2008	§ 3526 E 89	<p>Solarthermische Anlagen und Erdwärmepumpen in Sporthallen und Schwimmbädern</p> <p>Der Magistrat soll prüfen und berichten, in welchem Zeitraum und mit welchem Investitionsbedarf alle Sporthallen und Schwimmbäder mit solarthermischen Anlagen und mit Erdwärmepumpen ausgerüstet werden können. Zusatz: es soll auch die objektmäßige Zweckmäßigkeit überprüft werden.</p>	Originaltext
09.05.2008	B 251	<p>Bericht des Magistrats: Der Magistrat ist bemüht, im Bereich sowohl der städtischen Sporthallen als auch der im Eigentum der BäderBetriebe Frankfurt GmbH befindlichen Schwimmbäder Beiträge zur Begrenzung der Energiekosten zu leisten. Für die städtischen Sporthallen und für die Schwimmbäder wird zunächst der Kosten- und Zeitrahmen einer entsprechenden Erhebung ermittelt.</p>	Originaltext

01.09.2008	B 551	„Warmes Wasser mittels Sonne und Erdwärme“ Siehe § 4922 vom 27.11.2008 Zu § 4070 vom 19.06.2008	Originaltext
06.02.2009	B 87	„Warmes Wasser mittels Sonne und Erdwärme“ Siehe § 5763 vom 23.04.2009 Zu § 4922 vom 11.12.2008	Originaltext
10.08.2009	B 662	„Warmes Wasser mittels Sonne und Erdwärme“ Siehe § 6808 vom 24.09.2009	Originaltext
18.12.2009	B 1057	„Warmes Wasser mittels Sonne und Erdwärme“ Siehe § 7755 vom 11.03.2010	Originaltext
25.06.2010	B 410	„Warmes Wasser mittels Sonne und Erdwärme“ Siehe § 8675 vom 16.09.2010	Originaltext
28.08.2008	§ 4412	Bebauungskonzept Feuerbachstraße / Barckhausstraße Der Magistrat soll mittels städtebaulicher Verträge vereinbaren, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 842 (Feuerbachstraße / Barckhausstraße) die Warmwasserbereitung mit solarthermischen Anlagen unterstützt wird.	Originaltext
06.11.2008	§ 4819	Mainzer Landstraße 36 Der Magistrat soll mit den Eigentümern der Liegenschaft Mainzer Landstraße 36 einen städtebaulichen Vertrag abschließen in dem vereinbart wird, dass die Warmwasserbereitung mit solarthermischen Anlagen unterstützt wird.	Originaltext
07.05.2009	§ 5858	Dachflächenkataster für Frankfurt Der Magistrat soll ein Dachkataster für die auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main befindlichen Liegenschaften erstellen, um das Potenzial für Solaranlagen auf Frankfurter Dächern zu berechnen. Die erforderliche Vermessung der Dachflächen wird innerhalb einer Befliegung des Stadtgebietes zur Erfassung geographischer und siedlungsbezogener Daten vorgenommen.	Originaltext
29.04.2012	OF 392	Solarkataster für Frankfurt ist nun vorhanden – jetzt auch nutzen. Hausbesitzer können nun prüfen, ob ihre Gebäude für Photovoltaikanlagen geeignet sind.	Originaltext
21.09.2010	A 1296	Brandbekämpfung - Gefahr bei Photovoltaikanlagen	Originaltext

03.12.2010	B 739	Siehe § 9284 vom 27.01.2011	Originaltext
29.03.2012	§ 1391	Lärmschutzwände mit Solaranlagen bauen	Originaltext
14.11.2014	B 430	Eine geplante Lärmschutzwand an der A661 wird daraufhin untersucht werden, ob die Installation einer angeschlossenen Photovoltaikanlage sinnvoll ist. Dritte müssten jedoch das Bau- und Betriebsrisiko übernehmen.	Originaltext
26.03.2015	§ 5765	<p>Potenzial für Photovoltaik- und Solarthermieranlagen auf städtischen Gebäuden</p> <p>Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wo noch Potenzial für Photovoltaik- und Solarthermieranlagen auf städtischen Gebäuden besteht.</p>	Originaltext

8. Stromerzeugung und Effizienz

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
31.01.2008	§ 3393	<p>Raumordnungsverfahren zum Kraftwerk Staudinger</p> <p>Der Magistrat soll im Raumordnungsverfahren zum geplanten Blockneubau des Kraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg Einwendungen und Stellungnahmen zu den Auswirkungen auf Frankfurt abgeben.</p> <p>Die Stadt Frankfurt setzt sich über den Deutschen Städtebund bei der Bundesregierung dafür ein, dass neue thermische Kraftwerke als Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung geplant werden.</p>	Originaltext
11.04.2008	B 194	Der Magistrat hat mögliche Auswirkungen auf das Frankfurter Stadtgebiet geprüft und die Einwendungen in seiner Stellungnahme dargelegt.	Originaltext
18.03.2008	§ 3655	<p>Sozialtarif für Strom</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Magistrat soll prüfen, ob ein Anreizprogramm zum Energiesparen für einkommensschwache Frankfurter Haushalte möglich ist. Die finanziellen Vorteile sollen zu 50% bei den Haushalten bleiben und zu 50% zum Energie- und Wassersparen verwendet werden. Im Rahmen der Werbung für den Mainova Strom Direkt-Tarif bei Haushalten mit niedrigem Einkommen soll auf die Möglichkeit der Energieberatung, insbesondere den „Cariteam-Energiesparservice“, hingewiesen werden. Der Magistrat soll prüfen, ob zusätzlich Anreize zur Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten und Verbrauchsmitteln geschaffen werden können (z.B. über das Sekond-Hand-Warenhaus der Werkstatt Frankfurt). Der Magistrat soll über die Ergebnisse seiner Energieberatung (insbesondere „Cariteam-Energiesparservice“) und Verbesserungspotentiale berichten, sodass die Beratung kontinuierlich verbessert werden kann. 	Originaltext
13.10.2008	B 644	zu 1: Der Magistrat berichtet über die Teilnahme an einer Sondierungsstudie und die Absicht, an einem Forschungsprojekt zu dem o. g. Thema teilzunehmen. Des weiteren werden Hindernisse und Möglichkeiten zur Entwicklung eines solchen Anreizprogramms genannt.	Originaltext

		<p>zu 3. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen ist ein Angebot von energiesparenden Haushaltsgeräten über das Second-Hand-Warenhaus der Werkstatt Frankfurt problematisch. Eine Alternative wäre eine nachträgliche Subventionierung sparsamer Geräte. Es wird auf das Förderprogramm „Frankfurt spart Strom“ hingewiesen.</p> <p>zu 4: Der Cariteam Energiesparservice wird beschrieben, die Entstehung wird dargestellt, die Weiterentwicklung, Ergebnisse und Ziel werden erläutert. Preise für das Projekt und die Schritte zur bundesweiten Verbreitung werden genannt.</p>	
24.04.2008	§ 3842	<p style="text-align: center;">LED in Lichtsignalanlagen</p> <p>Der Magistrat soll über den Stand der Umrüstung von Ampeln mit Glühlampen auf LED-Technik berichten.</p>	Originaltext
07.07.2008	B 414	Bericht des Magistrats: Bis zum Jahr 2013 werden ca. 400 Anlagen mit LED-Signalgebern ausgestattet sein. Ziel ist es, an allen vorhandenen LSA der Stadt Frankfurt die OCIT-LED-Technik einzusetzen.	Originaltext
19.08.2009	A 1018	Effizient Energie Sparen-Licht & Beleuchtung	Originaltext
20.11.2009	B 953	Siehe § 7743 vom 08.02.2010	Originaltext
19.03.2010	B 183	Siehe § 7949 vom 20.04.2010	Originaltext
10.09.2009	§ 6651	<p style="text-align: center;">Regionaler Flächennutzungsplan - Flächen für Windkraftanlagen</p> <p>Der Magistrat wird gebeten, im Falle einer Baugenehmigung für Windkraftanlagen, den Schutz der anliegenden Bevölkerung zu beachten und eine mögliche Ausgleichsleistung zu finden.</p>	Originaltext
27.10.2009	OA 1012	Siehe § 7243 vom 30.11.2009	Originaltext
18.02.2010	ST 351	Die Vorranggebiete für Windenergienutzung werden aus dem Flächennutzungsplan ausgeklammert, die Windkraftnutzung soll in einem eigenen Teilplan behandelt werden. Wann dieser Teilplan aufgestellt wird, ist noch nicht absehbar.	Originaltext
10.09.2009	§ 6651	<p style="text-align: center;">Windvorranggebiet Berger Hang</p> <p>Der Magistrat wird gebeten, im Falle einer Baugenehmigung für Windkraftanlagen am Berger Hang, den Schutz der anliegenden Bevölkerung zu beachten und eine mögliche Ausgleichsleistung zu finden.</p>	Originaltext

18.11.2009	ST 1604	Es werden keine Bedenken gegen eine Windenergienutzung in Bergen-Enkheim geäußert.	Originaltext
05.08.2011	A 23	Windkraft auf dem Berger Rücken: Sinnvoller Teil der Energiewende oder grünes Prestigeprojekt?	Originaltext
04.11.2011	B 441	Siehe § 1046 vom 19.01.2012	Originaltext
24.09.2009	§ 6743	Neue Energie für Frankfurt Wasserkraft Der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass an Mainstellen mit ausreichender Fließgeschwindigkeit kleine Wasserkraftwerke von der Mainova betrieben werden und soll berichten, welche Leistung entstehen wird. Außerdem gilt es zu prüfen, ob sich noch andere Gewässer im Stadtgebiet für die Energieerzeugung eignen. Es soll geprüft werden, wie hoch die eigene Stromproduktion der Mainova ist.	Originaltext
30.11.2009	B 977	Siehe § 7581 vom 11.02.2010 Die Nutzung des Mains durch Mini-Ponton-Wasserwerke würde zu einer eingeschränkten Nutzung des Mains für den Schiffverkehr, auch den von Sportbooten bedeuten, weiterhin hat die Studie eines der Hersteller solcher Bojen ergeben, dass die Nutzung des Mains für derlei Zwecke unwirtschaftlich ist.	Originaltext
12.11.2009	§ 7106	Intelligente Stromzähler Der Magistrat möge mit der Mainova AG, Süwag und anderen großen Stromversorgern im Stadtgebiet eine Umrüstung auf „intelligente Stromzähler“ anstoßen.	Originaltext
19.03.2010	B 183	Siehe § 7949 vom 20.04.2010	Originaltext
26.11.2009	§ 7248	ESL - Gefahr für Umwelt und Gesundheit? Der Magistrat wird aufgefordert, zur Vorlage A 1035 zu berichten.	Originaltext
01.03.2010	B 131	Siehe § 8074 vom 11.05.2010	Originaltext
21.05.2010	B 338	Siehe § 8471 vom 19.08.2010 Beantwortet neue Anfrage und verweist auf B 131	Originaltext
11.02.2010	§ 7582	Wasserkraftwerke B 978 antwortet auf A 1077 und berichtet über die Staustufen in Griesheim, die Nutzung der Nidda im Mittelalter und die Nachforschungen der SEF, die prüft, ob im Zuge der Renaturierung das Einbauen von Wasserkraftanlagen sinnvoll ist.	Originaltext

27.05.2010	§ 8197	Beteiligung Frankfurts an Earth Hour 2011 Der Magistrat soll sich 2011 an der „Earth Hour“ von WWF beteiligen und auch Unternehmen, Institutionen und Bürger dafür gewinnen.	Originaltext
14.04.2011	§ 7	Allessa Braunkohlestaubkraftwerk Es wird nachgefragt, warum die Pläne zum Allessa Braunkohlestaubkraftwerk erst nach der Wahl bekannt wurden. Es wird darum gebeten, zu berichten, wann die Pläne der Dezernentin bekannt waren, welche Ämter noch eingebunden waren und wie der Magistrat zu dem Verhalten steht.	Originaltext
27.05.2011	B 267	Siehe § 428 vom 11.08.2011	Originaltext
27.05.2011	B 263	Siehe § 588 vom 19.09.2011	Originaltext
10.11.2011	§ 824	Stromerzeugung an der Nidda Der Magistrat soll berichten, welche Strommenge an den Nidda-Wehren erzeugt wird und soll prüfen, inwieweit man diese Nutzung wirtschaftlich ausweiten kann.	Originaltext
10.02.2012	B 73	Der Magistrat wird aufgefordert, unter Gewährleistung des Fischschutzes zu prüfen und zu berichten, ob die SEF oder eine andere Instanz mit städtischem Hintergrund eine Stromerzeugung an den Wehren in Rödelheim und Eschersheim ermöglichen kann. Außerdem soll überprüft werden, ob dies privat ohne Pachtvertrag auch möglich ist. Siehe § 1627 vom 03.05.2012	Originaltext
16.07.2012	B 316	Da in naher Zukunft beide Wehre ohnehin saniert werden müssen, könnte dann eine wirtschaftliche Installation von Wasserkraftwerken möglich sein.	Originaltext
10.11.2011	§ 837	Umsetzung der Energiewende: Nutzung von Biomasse und Biogas Der Magistrat ist zur Überprüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen in Frankfurt am Main für die Nutzung von Biomasse und Biogas zur Energiegewinnung angehalten.	Originaltext
27.01.2012	B 49	Siehe § 1476 vom 29.03.2012	Originaltext
15.12.2011	§ 988	Biomasse in Kohlekraftwerken Der Magistrat wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die den Anteil von Biomasse in Kohlekraftwerken, auf die er direkten Einfluss hat, zu erhöhen. Der Magistrat soll über sein Vorgehen	Originaltext

		berichten.	
05.03.2012	B 104	Siehe § 1644 vom 15.05.2012	Originaltext
06.09.2012	§ 2030	Klärschlamm energetisch nutzen Der Magistrat soll ein Konzept zur energetischen Nutzung des Klärschlammes aus Sindlingen und Niederrad - z.B. durch die Biogasproduktion - erstellen.	Originaltext
14.01.2013	B 28	Schon seit 1981 wird der Klärschlamm in der Schlammmentwässerungs- und Verbrennungsanlage (SEVA) behandelt. Das neue Konzept sieht eine Kombination aus Klärschlammfäulung und Klärschlamm-trocknung mit Monoverbrennung vor. Bei diesem Verfahren werden sowohl Energie als auch Nährstoffe auf optimale Weise zurückgewonnen.	Originaltext
13.12.2012	§ 2499	Erneuerbare in FFM nutzen - Windkraft Der Magistrat wird gebeten, mögliche Standorte für Windkraftanlagen auf städtischen bzw. stadtnahen Grundstücken auszuweisen. Dabei soll Rücksicht auf die Interessen der Bürger, die Landwirtschaft und den Naturschutz genommen werden. Ein Teil der Einnahmen soll im Rahmen von Investitionen oder Projekten an die betroffenen Stadtteile zurückfließen.	Originaltext
04.03.2013	B 118	Für das Frankfurter Stadtgebiet kommt der Regionalverband zu dem Ergebnis, dass an zwei Standorten ein Potenzial zur Nutzung der Windenergie vorhanden ist. Dabei handelt es sich um eine Fläche nord-östlich von Bergen-Enkheim sowie eine Fläche nördlich von Nieder-Erlenbach. Parallel zu den Bauarbeiten, welche voraussichtlich ab Sommer 2013 stattfinden, wird ein Bürgerbeteiligungsmodell erarbeitet und vorgestellt. Unter der Voraussetzung eines reibungslosen Projektverlaufes ist mit einer Inbetriebnahme des Windparks Nieder-Erlenbach Ende 2013 zu rechnen.	Originaltext
30.09.2013	B 473	Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung und die Deutsche Flugsicherung teilen mit, dass die geplanten Standorte für Windkraftanlagen nicht genutzt werden können, da die Windenergieanlagen den Flugverkehr in Frankfurt durch Störungen der Funksignale beeinträchtigen könnten.	Originaltext
28.02.2013	§ 2804	Digitale Infrastruktur energie- und flächeneffizient ausbauen Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit	Originaltext

		mit Unternehmen der digitalen Branche zu erarbeiten, inwiefern die Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts im Bereich der digitalen Infrastruktur verbessert werden kann und dabei gleichzeitig eine Minimierung des Energie- und Flächenverbrauchs für digitale Infrastruktur möglich ist.	
07.10.2013	B 492	Besonders auch in Bezug auf die Energieverbrauchssenkung sieht sich die Stadt Frankfurt in der Pflicht, die Rechenzentrumsbetreiber zu unterstützen, um eine Abwanderung des Gewerbes in Länder mit niedrigeren Stromkosten zu verhindern.	Originaltext
17.05.2013	M 81	E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt Mit E-Government will die Stadt vor allem - die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern, - dem Nachhaltigkeitsaspekt (Green IT und ressourcenschonende Geschäftsprozesse) Rechnung tragen.	Originaltext
24.07.2014	§ 4832	Umrüstung von Gasleuchten In mehreren Gebieten Frankfurts wurde die Umrüstung von Gas- auf LED-Straßenlaternen beschlossen.	Originaltext
28.03.2014	M 69	Siehe § 5738 vom 26.03.2015	Originaltext
18.12.2014	§ 5379	Haushaltswurf 2015/16: Energieeffizienz auf Frankfurter Bühnen Etatantrag 11: Energie und Kosten sparen auf und um Frankfurts Bühnen (Aufforderung an den Magistrat, die Energieeffizienz bei Frankfurter Bühnen zu steigern)	Originaltext E11: Originaltext

9. Kommunikation, Partizipation, Konsum

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
28.02.2008	§ 3539	Umweltstandards - Deutsches Turnfest 2009 Der Magistrat soll den Deutschen Turnerbund bitten, die Empfehlungen des ökologischen Leitfadens „Green Champions“ beim Deutschen Turnfest 2009 in Frankfurt so weit wie möglich umzusetzen. Diese Aspekte sollen besonders berücksichtigt werden: Abfall vermeiden, ÖPNV verstärkt bewerben, für die „Offiziellen“ Erdgasfahrzeuge verwenden, Ökostrom nutzen, regionale Bioprodukte zur Essensversorgung verwenden.	Originaltext
15.09.2008	B 583	Der Magistrat hat den Deutschen Turner-Bund e.V. (DTB) gebeten, die Empfehlungen von „Green Champions“ bei der Ausrichtung dieses Turnfestes in Frankfurt am Main umzusetzen. Der Leitfaden wird vom DTB (Veranstalter) als Richtlinie betrachtet. Der Magistrat erläutert die geplanten Maßnahmen (Abfallvermeidung, Nutzung des ÖPNV, Einsatz von Erdgasfahrzeugen und Essensversorgung mit regionalen Bio-Produkten).	Originaltext
26.02.2009	§ 5502	Unterricht Erneuerbare Energien Prüfung und Berichterstattung E 88-2009: Das Energiereferat und das Stadtschulamt erarbeiten gemeinsam Unterrichtsmaterialien für Erneuerbare Energien. Sie sollen allen Schulen zur Verfügung gestellt werden.	Originaltext
15.05.2009	B 346	Der Magistrat berichtet, dass es bereits eine Fülle an Informationsmaterialien zum Thema Erneuerbare Energien gibt und dass deshalb eine Erstellung von neuen Infomaterialien nicht zielführend ist. Vielmehr muss dafür gesorgt werden, dass die Lehrerinnen und Lehrer leichten Zugang zu allen bestehenden Publikationen und Projekten haben.	Originaltext
10.09.2009	§ 6710	Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, ob er plant, das Lehrangebot im Bereich Umweltbildung auszuweiten. Er soll weiterhin über die Ergebnisse und die mögliche Weiterführung des „Leuchtpol“-Projekts berichten.	Originaltext
04.12.2009	B 1008	Beantwortung der gestellten Fragen aus dem Beschluss § 6710 vom 10.09.2009	Originaltext

26.02.2009	§ 5502	<p>Haus der Zukunft (= <i>Energiepunkt e.V.</i>)</p> <p>Annahme E 16-2009 im Rahmen des Haushaltsplans 2009: Der Magistrat soll das „Haus der Zukunft“ als Energieberatungs- und Fortbildungsort wichtiger Klimaakteure gründen.</p>	<p>Originaltext</p> <p>E 16: Originaltext</p>
26.02.2009	§ 5517	<p>Investitionen in regenerative Energieträger und Energieeffizienz in Frankfurt am Main fördern</p> <p>Der Magistrat soll dafür sorgen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Wirtschaftsförderung der Stadt zusammen mit dem Energiereferat ein Konzept zur gezielten Ansprache von Investoren und Unternehmen im Bereich regenerativer Energien, Energieeffizienz, energiesparendes Bauen und Energieeinsparung erarbeitet, • die Wirtschaftsförderung eine(n) Ansprechpartner/-in für Investoren und Unternehmer benennt, der / die sich um den oben genannten Bereich kümmert, • die Wirtschaftsförderung in ihrem Internetauftritt die Themen einarbeitet und diese zum Energiereferat verlinkt. 	<p>Originaltext</p>
19.06.2009	B 538	<p>Das Energiereferat und die Wirtschaftsförderung Frankfurt prüfen mögliche Maßnahmen zur Förderung von Investitionen in regenerative Energieträger. Des Weiteren wird folgendes angestrebt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau einer Internetseite mit einem Überblick über die Energieförderprogramme und Ansprechpartner • die Teilnahme an Messen • die Ausdehnung des Förderprogramms „Frankfurt spart Strom“. 	<p>Originaltext</p>
14.12.2009	B 980	<p>Siehe § 7583 vom 09.02.2010</p>	<p>Originaltext</p>
17.08.2009	A 1016	<p>Green IT in der Stadtverwaltung</p> <p>Der Magistrat wird aufgefordert zu Vorlage A 1016 zu berichten.</p>	<p>Originaltext</p>
05.03.2010	B 145	<p>Siehe § 8423 vom 28.06.2010</p>	<p>Originaltext</p>
12.11.2009	§ 7111	<p>Klimafreundliche Hotels für Frankfurt</p> <p>Der Magistrat wird aufgefordert, sich mit kompetenten Akteuren bei Hotelneubauten für einen klimafreundlichen Bau und Betrieb stark zu machen und dabei auf den Passivhausstandard</p>	<p>Originaltext</p>

		hin zu arbeiten. Den Hotelgästen sollen umweltfreundliche Verkehrsmittel angeboten werden. Außerdem soll der Magistrat für eine beratende Unterstützung bei der Umsetzung sorgen.	
11.02.2010	§ 7556	Beteiligung am Wettbewerb Bundeshauptstadt Biodiversität und Klimaschutz 2010 Der Magistrat wird beauftragt, die Stadt Frankfurt an den Wettbewerben „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ zu beteiligen	Originaltext
17.05.2010	B 302	Siehe § 8283 vom 16.06.2010 Die Stadt wird an den Wettbewerben beteiligt und die notwendigen Unterlagen werden beantragt.	Originaltext
27.05.2010	§ 8197	Beteiligung Frankfurts an der Earth Hour 2011 Der Magistrat soll sich 2011 an der „Earth Hour“ von WWF beteiligen und auch Unternehmen, Institutionen und Bürger dafür gewinnen.	Originaltext
27.01.2011	§ 9316	Green IT für Frankfurter Stadtverwaltung Der Magistrat wird aufgefordert, bisherige Maßnahmen zu einem Gesamtkonzept Green IT zusammenzuführen. Er soll die Möglichkeit zur Dezimierung der Geräte in Betracht ziehen, die Empfehlungen des Ökoinstituts zur „nationalen Umsetzung der neuen EU-Beschaffungsrichtlinien“ beachten. Außerdem soll er verbindliche Regelungen in die dezentrale IT-Struktur einbringen, sowie die Erfahrungen des Projekts „Hessen nachhaltig“ berücksichtigen. Der Magistrat soll über die Fortschritte bei der Umsetzung des Konzepts berichten.	Originaltext
02.05.2011	B 215	Siehe § 219 vom 09.06.2011	Originaltext
16.09.2011	B 381	Siehe § 784 vom 07.11.2011	Originaltext
10.02.2012	B 66	Siehe § 1415 vom 26.03.2012 und § 1998 vom 06.09.2012	Originaltext
13.01.2012	B17	Green Capital Award Siehe §1643 vom 31.05.2012 → Magistrat berichtet unaufgefordert über Bewerbung zum Green Capital Award	Originaltext
02.02.2012	§ 1143	Umweltfreundlich feiern in Frankfurt Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, welche Auflagen es hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit	Originaltext

		bei sämtlichen Veranstaltungen in Frankfurt gibt und welche ökologischen Aspekte in Zukunft stärkere Beachtung finden könnten / angeregt wird, einen Ansprechpartner zu benennen, der Veranstalter hinsichtlich Umweltfragen berät, sowie eine Broschüre zu erstellen.	
08.03.2013	B 128	Siehe § 3833 vom 14.11.2013	Originaltext
17.05.2013	M 81	E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt Mit E-Government will die Stadt vor allem - die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger optimieren, - dem Nachhaltigkeitsaspekt (Green IT und ressourcenschonende Geschäftsprozesse) Rechnung tragen.	Originaltext
28.04.2014	B 138	Nachhaltigkeit im städtischen Beschaffungswesen Bericht des Magistrats zur Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen: Es werden verschiedene Schritte unternommen, um den dezentralen Einkauf der einzelnen Ämter und Betriebe in nachhaltige Bahnen zu lenken.	Originaltext
24.07.2014	§ 4849	Reduzierung des Plastiktüten-Verbrauchs Der Magistrat wird aufgefordert, Maßnahmen zu erarbeiten, wie die Anzahl der Plastiktüten, die in Frankfurter Einkaufszentren und Frankfurter Einkaufsstraßen verteilt werden, nachhaltig reduziert werden kann.	Originaltext
29.05.2015	M 90	Anlagerichtlinie für Frankfurt Die beschlossene Anlagerichtlinie, die für den Hoheitsbereich der Stadt und die Eigenbetriebe gilt, verpflichtet – auch die einzelnen Dezernate und Ämter – dazu, bei der Wahl von Anlageprodukten unter anderem auf die ökologische Nachhaltigkeit zu achten. Investitionen in nicht erneuerbare Energieträger sind deshalb z.B. ausgeschlossen.	Originaltext Anlage-richtlinien

10. Impressum

Stadt Frankfurt am Main
Energierferat 79A
Adam-Riese-Straße 25
60327 Frankfurt am Main

Tel.: 069 212-39193

Fax: 069 212-39472

E-Mail: energierferat@stadt-frankfurt.de

www.energierferat.stadt-frankfurt.de

Das Energierferat ist die kommunale Klimaschutzagentur der Stadt Frankfurt am Main.

 **STADT** **FRANKFURT AM MAIN**
Energierferat > Die kommunale Klimaschutzagentur